



Sitzungsvorlage
für die 161. Sitzung des Braunkohlenausschusses
am 27. September 2021

TOP 09 **a) Antrag Verdunstungsmengen (Fraktion DIE GRÜNEN)**

Rechtsgrundlage: §8 GeschO BKA

Inhalt: 1. Antrag vom 06.05.2021
 2. Stellungnahme Frau Dr. Friederike Vietoris

Drucksache Nr. BKA 0734	
TOP 09a)	Seite
Antrag Verdunstungsmengen	2



An den

**Vorsitzenden des
Braunkohlenausschusses
Herrn Stefan Götz
Bezirksregierung Köln
Geschäftsstelle Braunkohlenausschuss**

50667 Köln

GRÜNE im Braunkohlenausschuss

Bezirksregierung, Raum H 455
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln
0177 7473808 oder 0172-6431213
gruene.regionalrat-koeln@gmx.de

www.gruene-regionalrat-koeln.de
www.gruene-regionalrat-duesseldorf.de

Köln, den 6.5.2021

**Beschluss zur Sicherung von Maßnahmen zu zukünftigen Verdunstungsmengen
durch die geplanten Tagebaurestseen
-Sitzung des Braunkohlenausschusses am 28. Mai 2021-**

Sehr geehrter Herr Götz,

wir beziehen uns bei unserem Antrag auf die Aussagen von Dr. Harald Marx, Leiter der Bergbauplanung bei RWE in einer Versammlung am 21.4.2021 in Inden. Dabei stellte er klar, dass der Bergbautreibende den Wasserverlust durch Verdunstung und Versickerung des recht kleinen Luchenberger Sees in der Realität durch das Einleiten von jährlich 500.000 bis 600.000 Kubikmeter Wasser ausgleichen muss. Diese konkrete Nennung von Zahlen war bisher –zumindest den Grünen im Braunkohlenausschuss- nicht bekannt, lässt aber durchaus Rückschlüsse auf die zu erwarteten Mengen für die künftigen Seen Inden, Hambach und Garzweiler zu.

Diese „Rheinische Seenplatte“ entspricht einem Vielfachen des Luchenberger Sees was bedeutet, dass zumindest in den Sommermonaten ein enormes Maß an Verdunstung zu erwarten ist, was selbst in unseren zunehmend auch trockeneren Herbst- und Wintermonaten vermutlich nicht auf natürlichem Weg ausgeglichen werden kann. Verschärft wird diese Situation durch die zu erwartende zukünftige Temperaturerhöhung durch den Klimawandel. Damit ist klar, dass ein Vielfaches der jetzt benötigten Menge zur ständigen Befüllung der drei Seen benötigt wird. Es handelt sich offensichtlich also um eine Ewigkeitslast für das Rheinische Revier.

Wenn Herr Dr. Marx sich in der oben genannten Veranstaltung dann dahingehend äußert, dass bei Erhalt des Luchenberger Sees die Finanzierung der Befüllung durch Dritte erfolgen müsse, so stellt sich die Frage, wie sich dies hinsichtlich der drei großen Seen darstellt. Wer für diese Ewigkeitslast aufkommen wird und woher das Wasser bei zu erwartenden sinkenden Pegelständen kommen soll, ist damit nebulös und bedarf einer klaren Festlegung. Daher sind Rückstellungen seitens RWE in Höhe der zu erwartenden jährlichen Kosten unumgänglich.

Drucksache Nr. BKA 0734	
TOP 09a)	Seite
Antrag Verdunstungsmengen	3

Die Grundlagen dazu müssen aber zuallererst ermittelt werden.

Die Fraktion der Grünen im Braunkohlenausschuss beantragt daher:

Der Braunkohlenausschuss beauftragt die Geschäftsstelle,

1. ein Gutachten zur Menge der in den drei Tagebaurestseen verdunstenden Wassermengen unter Berücksichtigung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und der zu erwartenden Temperaturen gemäß deutscher Klimagesetzgebung zu beauftragen
2. die notwendigen jährlichen Kosten für die laufende Wieder-Befüllung der Seen anhand dieser Ergebnisse zu ermitteln
3. die langfristige Sicherung der Befüllung ohne Beeinträchtigung des Trinkwassers abzusichern
4. eine vertragliche Vereinbarung mit dem Bergbautreibenden vorzubereiten, die die Kostenübernahme und Absicherung dieser Kosten unbeschränkt –auch über eine Existenz des Bergbautreibenden hinaus reichende- Zeit vorsieht.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Lambertz (Fraktionssprecher)
Ute Sickelmann (stv. Fraktionssprecherin)
Gudrun Zentis

f.d.R: Antje Schäfer-Hendricks und Annika Schmidt (Fraktionsgeschäftsführerinnen)

Drucksache Nr. BKA 0734	
TOP 09a)	Seite
Antrag Verdunstungsmengen	4

Dr. F. Vietoris, RL IV-5, MULNV

6.9.2021

Stellungnahme zum Antrag der Grünen „Verdunstungsmenge“

Drucksache Nr. BKA 0734 (Nachversand)

Die Grundlagen dazu müssen aber zuallererst ermittelt werden.

Die Fraktion der Grünen im Braunkohlenausschuss beantragt daher:

Der Braunkohlenausschuss beauftragt die Geschäftsstelle,

1. ein Gutachten zur Menge der in den drei Tagebaurestseen verdunstenden Wassermengen unter Berücksichtigung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und der zu erwartenden Temperaturen gemäß deutscher Klimagesetzgebung zu beauftragen
2. die notwendigen jährlichen Kosten für die laufende Wieder-Befüllung der Seen anhand dieser Ergebnisse zu ermitteln
3. die langfristige Sicherung der Befüllung ohne Beeinträchtigung des Trinkwassers abzusichern
4. eine vertragliche Vereinbarung mit dem Bergbautreibenden vorzubereiten, die die Kostenübernahme und Absicherung dieser Kosten unbeschränkt –auch über eine Existenz des Bergbautreibenden hinaus reichende- Zeit vorsieht.

Hintergrund: Bericht von Dr. Marx am 21.4.21 bei einer Versammlung in Inden, dass der Wasserverlust des Lucherberger Sees durch Einleitung von 500.000 bis 600.000 m³ / Jahr ausgeglichen werden muss.

Stellungnahme nach Absprache mit dem LANUV wie der ahu AG:

Zu (1): Von den Verhältnissen am Lucherberger See kann nicht auf die drei großen Tagebauseen geschlossen werden. Der Lucherberger See liegt in unmittelbarer Nähe zum Abbaufeld Inden und hat keinen Grundwasserzustrom. Die eingeleitete Wassermenge wird zum weitaus größten Teil zum Ausgleich des Abstroms aus dem See in das Grundwasser und nicht zum Verdunstungsausgleich benötigt.

Die Verdunstung von den Oberflächen der Tagebauseen entspricht im Mittel etwa der Niederschlagsmenge, die auf die Seen fällt. Für die Befüllung der Seen ist deshalb der Zu- bzw. Abstrom ins Grundwasser die entscheidende Größe. In den Grundwassermodellen, die in den Braunkohlenplanverfahren hinzugezogen werden, werden der Einfluss der Verdunstung und der Grundwasseranbindung berücksichtigt. Daraus lässt sich aus heutiger Sicht abschätzen, dass die Tagebauseen nach abgeschlossenem Wiederanstieg des Grundwassers nicht weiter befüllt werden müssen. **Die Erstellung eines Gutachtens ist nicht erforderlich.**

Zu (2): Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe des Monitorings Kosten für Maßnahmen zu ermitteln. Im Monitoring werden die realen und möglichen Auswirkungen der Tagebau bewertet und prognostiziert und mögliche Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen diskutiert und – bei Umsetzung - deren Wirksamkeit bewertet. Die Planung und Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch RWE. Grundlage sind dabei die Ziele des BKP und deren Umsetzung in wasserrechtlichen und bergrechtlichen Genehmigungen.

Zu (3): Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe des Monitorings die "Sicherung der Befüllung abzusichern". Im Monitoring werden die durch RWE vorgestellten Randbedingungen, Annahmen, Modelle und Maßnahmen, die eine Befüllung der Restseen gewährleisten sollen, bewertet. Zukünftig werden die Ergebnisse in einem laufenden Soll/ Ist Vergleich überprüft. Falls hierbei Abweichungen auftreten sollten, werden diese bewertet und bei Bedarf Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen diskutiert und – bei Umsetzung - deren Wirksamkeit bewertet. Die Planung und Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch RWE. Grundlage sind dabei die Ziele des BKP und deren Umsetzung in wasserrechtliche und bergrechtliche Genehmigungen.

Drucksache Nr. BKA 0734	
TOP 09a)	Seite
Antrag Verdunstungsmengen	5

Dr. F. Vietoris, RL IV-5, MULNV

6.9.2021

Zu (4): Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe des Monitorings "Vereinbarung mit dem Bergbautreibenden" vorzubereiten. In der Regel sind solche dem Monitoring auch nicht bekannt. Grundlage für die Arbeit des Monitorings sind die Ziele des BKP und deren Umsetzung in wasserrechtlichen und bergrechtlichen Genehmigungen.

Abschließender genereller Hinweis:

Das Monitoring Garzweiler organisiert die umfangreiche Umweltüberwachung in sieben Arbeitsgruppen. Schwerpunkt in den kommenden Jahren wird vor allem die Anpassung an die veränderte Braunkohlenplanung sein. Dies bedeutet gegenüber den regulären Aufgaben einen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand.

Die aus Sicht der Monitoringgruppen prioritär zu bearbeitenden Punkte sind im Positionspapier der AG Wasserversorgung zusammengestellt worden. Die Verdunstung wurde dabei von den Fachleuten nicht als relevantes Thema benannt.

Gez. F. Vietoris